

Wirtschaftspolitik

Interessenvertretung

Ob es der Frau Bundeskanzlerin demnächst genau so geht? „Die Börse reagierte auf die Wiederwahl von Präsident Obama mit einigen Kursverlusten“, steht über den Finanznachrichten. Das ist nachvollziehbar. Denn amerikanische Wirtschaftspolitik hat es schon in den vergangenen vier Jahren nicht gegeben, durchaus so wenig wie hierzulande. Wenn man, in nie ganz passenden europäischen Kategorien, der amerikanischen Regierung den Richtungsstempel „leicht linksliberal“ ausdrücken können, ist das bislang unlösbare Dilemma bereits deutlich: Wie kann man einer Volkswirtschaft, die alles Heil von einem freien Kapitalismus erwartet und deshalb erstrebt, wie kann man einer derartigen Ökonomie immerhin ein paar soziale Errungenschaften abringen, ohne dass die Unternehmungslust sofort nachlässt?

Das geht schon in der Bundesrepublik nicht richtig, obwohl sie sich nun schon seit einem halben Jahrhundert ihrer sozialen Marktwirtschaft rühmt. Wer nicht mehr auf Kosten von Unbedarfteren und Ohnmächtigeren, von Umwelt und Gemeinwesen soviel Geld verdienen kann, wie er es „eigentlich“ als freier Macher vorhat, der lässt im sozialen Druck lieber manches. „Es lohnt sich ja nun nicht mehr“.

Folgerichtig folgt Wirtschaftspolitik heute mitnichten noch irgendwo den edlen Überzeugungen aus, sagen wir den klassischen, sozialen, liberalen, konservativen Glaubensbekenntnissen. Sondern sie konzentriert sich, selbstverständlich immer nur ganz pragmatisch, einerseits auf eine Sozialpolitik aus den Staatskassen. Das stört nicht etwa die Finanzpolitiker, sondern nur die Stabilitätsfanatiker. Im Ergebnis sind Steuersenkungen nahezu unmöglich, sobald sie die Steuereinnahmen insgesamt senken. Andererseits muss außerdem „die Wirtschaft“ bei Investitionslaune gehalten werden, was nur mit Subventionierung oder verwandten Erleichterungen funktioniert. Wiederum mit Geld vom Staat. Was im wunderfeinen amerikanischen Demokratiemodell in just diesem Sinne bei Wahlkampfkosten von sechs Milliarden Dollar an Rückvergütungen jetzt fällig steht, können nicht allein Böswillige annehmen. Dementsprechend wird man auch von der wiedergewählten amerikanischen Regierung weder eine greifbare Haushaltskonsolidierung noch irgendwelche Zugeständnisse an die Weltmeinung gegen die mondiale Ausbeutung erhoffen können.

Dazu die typisch amerikanische Geldpolitik. Die berühmte Fed ist bislang noch von jeder amerikani-

schen Präsidentschaft als eine Institution eingesetzt worden, die „die Wirtschaft“ mit möglichst billigem Geld zu stützen hat. Die Fed ist beschäftigungsorientiert, nicht in erster Linie stabilitätsorientiert. Sie soll Fehler der Finanzpolitik, sogar Zwänge der Sozialpolitik nicht kritisieren, sondern möglichst ausgleichen.

Dass Zentralnotenbanken, seit der europäischen Schuldenkrise vor allem die EZB, gerade nicht als Instrumente der Regierungspolitik eingesetzt werden sollten respektive dürften, erschien dem „re-elected President“ bereits bislang in seinen wenigen Reden zur Sache als völlig unverständlich. Das wird nicht besser werden: Lob aus Washington wird es für Europa und Euro immer nur geben, wenn EZB-Interventionen der Staatsfinanzierung statt der Geldwertstabilität dienen – ach ja: und ein klein wenig natürlich auch amerikanischen Investoren. Da ist sie allemal wieder, die Wirtschaftspolitik als Interessenvertretung. K.O.

Commerzbank

Ein Hauch von Traumtänzerei

Mit dem vollständigen Kauf der Dresdner Bank im Jahr 2008 begann für die Commerzbank eine neue Zeitrechnung. Durch Integration der damaligen Allianz-Tochter wollte man einen Marktführer mit europäischem Format formen und Mehrwert für die Aktionäre schaffen. Die „neue“ Commerzbank sollte zur führenden Privat- und Firmenkundenbank in Deutschland aufsteigen. Bekanntlich verliefen die vergangenen vier Jahre deutlich anders als erhofft. Angesichts der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise und der herausfordernden Integration der Dresdner Bank startete man bereits im Mai 2009 den Versuch einer Neupositionierung. Mit dem Drei-Punkte-Programm „Roadmap 2012“ wollte man sich auf das Kundengeschäft fokussieren, das Asset-basierte Kreditgeschäft in den Bereichen Immobilien- und Staatsfinanzierung optimieren sowie die nicht zum Kerngeschäft passenden Portfolios durch ein aktives Abbau-Management reduzieren – seit Mitte 2012 plötzlich einschließlich der gewerblichen Immobilien- und der Schiffsfinanzierung. Manche der gesteckten Ziele konnte das Institut – trotz weiter verschärfter Eigenkapitalanforderungen – erreichen, nicht zuletzt die Verfehlung der angepeilten Erträge und der Aufwandsquote schürten allerdings Handlungsdruck. Und die Aussetzung der Zinszahlungen für die in Anspruch genommene Staatshilfe bei gleichzeitig aggressiver Konditionenpolitik im Privatkundengeschäft machte die Bank besonders bei den Instituten der Verbände zum beliebten verbalen Angriffsziel.

Besser werden soll nun alles mit einer neuen Strategie und einer Neuausrichtung des Geschäftsmodells im Privatkundengeschäft. Die Vorstellung der geplanten Strategie anlässlich eines „Investor's Day“ ließ allerdings Euphorie vermissen, der Vorstand wirkte erschöpft und ohne Esprit. Erstaunlich war jedenfalls, welche Maßnahmen und Strategien im Geschäftsfeld Privatkunden als Heilsbringer angepriesen wurden. So habe man begonnen, das Vertriebsmodell im Privatkundengeschäft konsequent an der Zufriedenheit der Kunden auszurichten. Die Beratung im Sinne des Kunden und nicht der Verkauf von Produkten sollen künftig im Vordergrund stehen. Das Geschäftsmodell will man dabei umfassend an den Kundenwünschen Fairness und Kompetenz orientieren. Vier Filialtypen mit abgestuftem Produkt- und Dienstleistungsangebot und flexibleren Öffnungszeiten sollen eine zielgerichtete Marktbearbeitung vor Ort ermöglichen. Das alles sind eigentlich Selbstverständlichkeiten.

Die Neuausrichtung des Geschäftsmodells im Privatkundenbereich mutet deshalb an wie der billige Strategie-Abklatsch von Genossenschaftsbanken und Sparkassen. Diese beiden Institutsgruppen sehen sich ebenfalls als moderne Multikanalbank und schätzen das Instrument flexibler Öffnungszeiten, um gerade in der Fläche kleinere Zweigstellen mit genügend Servicekräften ausstatten zu können. Einen Kundenkompass zur strukturierten Abfrage der jeweiligen Lebenssituation, Wünsche und Pläne sowie der Liquiditäts- und Vermögenslagen kennen die Sparkassen in Form des Finanzkonzepts und die Genossenschaftsbanken als VR-Finanzplan ebenfalls bereits seit Langem. Einziges wirkliches Alleinstellungsmerkmal der neu vorgestellten Commerzbank-Strategie könnten die unabhängige Finanzberatung und eine Art „offener Produktarchitektur“ sein.

Bemerkenswerterweise kündigte die Hypovereinsbank am gleichen Tag wie die Commerzbank an, ihr Geschäftsmodell über eine stärker regional und unternehmerisch ausgerichtete Organisationsstruktur forcieren zu wollen. Angesichts dieser Erkenntnisse der Commerzbank und der HVB zu einer differenzierten regionalen Marktbearbeitung müssen sich die Verbände in ihrer Strategie einmal mehr bestätigt fühlen. Insbesondere der Genossenschaftssektor darf die strategische Neuausrichtung der Wettbewerber als späten Triumph im internationalen Jahr der Genossenschaften empfinden.

Sicherlich: Sollte das Konzept der Commerzbank aufgehen, wird sich der regionale Wettbewerb weiter verschärfen. Aber die gelbe Bank wird gewiss noch einige Erfahrungen sammeln müssen, was den Unterschied zwischen Preis- und Qualitätsführerschaft ausmacht.

Bankenaufsicht

Längst nicht ausdiskutiert

Dass eine Verbesserung der Bankenaufsicht zu den notwendigen Präventivmaßnahmen gegen künftige Fehlentwicklungen der Finanzmärkte zählt, gehörte weltweit sehr früh nach Ausbruch der Finanzkrise zu den unbestrittenen Erkenntnissen. Aber weder die künftigen Aufsichtsstrukturen sind bisher klar, noch haben die bisher auf den Weg gebrachten regularischen Weichenstellungen verloren gegangenes Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Märkte zurückgebracht. Mit Blick auf die Regularien braucht es in Teilfragen wie der Behandlung von Schattenbanken oder der Auswahl von systemrelevanten Banken auf globaler und nationaler Ebene einschließlich der Festlegung von angemessenen Eigenkapitalzuschlägen lange Zeit bis zu einer grundsätzlichen Einigung. Und allgemein mangelte es nach dem großen Konsens bei der akuten Krisenbewältigung schon sehr bald an einer glaubwürdigen globalen Koordination. Ob, wann und für wen in den USA die Umsetzung der Basel-III-Regeln anstehen wird, ist längst zu einem klassischen Beispiel des gegenseitigen Misstrauens geworden. Dass der Starttermin nicht wie vorgesehen der 1. Januar 2013 werden wird, ist dieser Tage von der Fed, dem Einlagensicherungsfonds und der Bankenaufsicht bekannt gegeben worden.

Immerhin ist angesichts der weltweiten Vernetzung der Wirtschaft ein breiter Konsens zu registrieren, der makroprudenziellen Betrachtung mehr Gewicht zu verleihen. Doch dieser kleinste gemeinsame Nenner allein garantiert längst nicht die einvernehmliche Schaffung zukunftsweisender Aufsichtsstrukturen. Gerade innerhalb Europas zeichnen sich immer noch keine klaren Konturen ab. Sollten beim Umbau der Bankenaufsicht in Europa alle Institute unter eine gemeinsame Aufsicht gestellt werden? Welche Rolle sollte die EZB bei einer stärkeren Europäisierung der Bankenaufsicht spielen? Wie sollen die nationalen Aufsichtsbehörden in die Überwachung eingebunden werden? Und in welchem Zeitfenster lässt sich die Neuordnung bewältigen? All das ist offen, trotz der erklärten Absicht der Staats- und Regierungschefs, bis zum 1. Januar 2013 einen Rechtsrahmen für eine europäische Bankenaufsicht unter Kompetenzverlagerung auf die EZB zu schaffen.

Wie weit die Positionen der verschiedenen Einflussgruppen und Expertengremien in grundsätzlichen Fragen wie in Details auch hierzulande noch auseinander sind, zeigte sich einmal mehr Anfang November. Sowohl die BaFin-Präsidentin vor Frankfurter Wirtschaftsjournalisten als auch der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten

haben sich zwar eindeutig für die Verlagerung von Aufsichtskompetenzen auf die europäische Ebene ausgesprochen. Elke König will die vorgesehene Zuständigkeit der EZB auf die schon gestützten sowie die national systemischen Häuser beschränkt sehen und mahnt zudem einen realistischen Starttermin an. Die Wirtschaftsweisen sehen hingegen die Übertragung der Aufsicht auf die EZB an eine Änderung des EU-Rechtsrahmens geknüpft und halten die klare Trennung von Geldpolitik und Bankenaufsicht für besonders wichtig. Genau dieses Argument hat übrigens in Deutschland im Wesentlichen die bestehende Arbeitsteilung zwischen Bundesbank und BaFin zementiert, obwohl der Koalitionsvertrag an dieser Stelle eine Führungsrolle der Notenbank vorsah. Es wird interessant sein zu sehen, inwieweit die Bundesregierung die Ausgestaltungsmöglichkeiten in Europa anders interpretiert.

Geldwäsche

Sonderprüfung aus Mangel an Mängeln

Die bloßen Zahlen klingen zunächst einmal alarmierend: Die Anzahl der Verdachtsanzeigen nach dem Geldwäschegesetz (GwG) ist 2011 um 17 Prozent auf 12 868 gestiegen und hat damit den höchsten Stand seit Inkrafttreten des Gesetzes im Jahre 1993 erreicht. Und die in den ersten sechs Monaten dieses Jahres eingegangenen 6 798 Verdachtsanzeigen lassen für 2012 keine Besserung erwarten. Bei knapp der Hälfte der Anzeigen erhärtete sich nach Prüfung des Sachverhaltes durch die zuständigen Strafverfolgungsbehörden der Verdacht einer Straftat. Als Grund für die Zunahme der Verdachtsanzeigen verweist der Jahresbericht der Financial Intelligence Unit (FIU) beim Bundeskriminalamt auf die sogenannten Financial Agents: Gegenüber dem Vorjahr war das Anzeigenaufkommen in diesem Bereich in 2011 um 29 Prozent auf 3 086 Stück gestiegen. Finanzagenten stellen ihre privaten Girokonten für Geldwäsche zur Verfügung, um dort eingehende Beträge gegen eine Provision an andere Personen im Ausland oder andere Finanzagenten weiterzuleiten.

Trotz dieser Entwicklungen wollten das Bundeskriminalamt und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) anlässlich der gemeinsamen Vorstellung des FIU-Jahresberichts nicht pauschal von einem deutlichen Anstieg der Geldwäsche sprechen. Zum einen wurden nicht bei allen Verdachtsanzeigen Ermittlungsverfahren eingeleitet, und zum anderen handelte es sich bei 93 Prozent der insgesamt 7 681 staatsanwaltschaftlichen Rückmeldungen um Einstellungsverfügun-

gen. Ohnehin erscheine es angesichts der hohen Dunkelziffer in diesem Bereich der Schattenwirtschaft aussichtslos, exakte und zuverlässige Aussagen über das tatsächliche Ausmaß der Geldwäsche zu treffen.

Darüber hinaus gewinnt die BaFin-Exekutivdirektorin Gabriele Hahn der erneut gestiegenen Anzahl von Verdachtsanzeigen auch durchaus positive Seiten ab. Da 91 Prozent der Verdachtsanzeigen von Instituten und Unternehmen stammten, die von der BaFin beaufsichtigt würden, belegten diese Zahlen eindrucksvoll, dass Gesetze nur dann funktionieren, wenn ihre Umsetzung und Einhaltung von einer kompetenten Behörde effektiv überwacht werden. Zumindest auffällig ist in diesem Zusammenhang ihrer Ansicht nach allerdings die hohe Quote mängelfreier Prüfungsberichte bei den Sparkassen und Kreditgenossenschaften. Bei den meisten Häusern dieser Institutsgruppen wiesen die jährlichen Prüfungsberichte keinerlei Beanstandungen nach dem Geldwäschegesetz aus: 87 Prozent der Testate im Sparkassenlager waren 2011 hinsichtlich der Geldwäscheanforderungen ohne Mängel gewesen, bei Volks- und Raiffeisenbanken sogar 93 Prozent. Mithilfe von Sonderprüfungen „im niedrigen zweistelligen Bereich“ will die BaFin nun feststellen, ob die Prüfungsverbände ihren Mitgliedsinstituten nicht streng genug auf die Finger schauen.

Die beiden nun derart unter Generalverdacht stehenden Institutsgruppen reagieren mit Unverständnis auf die Ermahnungen. Der Genossenschaftsverband (Neu-Isenburg/Hannover) etwa hält die von der BaFin vorgelegten Zahlen für wenig transparent. Ohnehin habe niemand von der Aufsicht versucht, mit dem Prüfverband über den Sachverhalt zu sprechen beziehungsweise diesen zu validieren. Darüber hinaus verwundere es kaum, wenn aus dem Genossenschaftssektor wenig Verdachtsanzeigen kämen, denn schließlich machten die Volksbanken und Raiffeisenbanken Geschäfte mit Menschen, die sie kennen. Bewegungen größerer Beträge im Zuge von Geldwäschetransaktionen würden somit leichter auffallen. Das sei natürlich auch denen bewusst, die solche Transaktionen planen. Der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen verweist in dieser Angelegenheit ebenfalls auf das Geschäftsmodell der Institute. Kunden, die auf die schiefe Bahn gerieten, seien doch mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn sie zwecks Geldwäsche zu ihrer langjährigen Hausbank gingen. Aus diesem Grunde sehen die Prüfungsverbände den angedrohten Sonderprüfungen auch mit einer gewissen Gelassenheit entgegen. Ärgerlich sind die angekündigten Überprüfungen durch die BaFin jedoch allemal, rücken sie doch die beiden Institutsgruppen insgesamt in ein schlechtes Licht.